

Positionspapier

Zukunft des Rundfunks und des Produktionsmarktes in Deutschland

Einleitung

Die Film- und TV Produktionswirtschaft als Teil der deutschen Kreativwirtschaft hat im Vergleich zu anderen Industrien eine hohe bis sehr hohe Bruttowertschöpfung. Sie war und ist ein Wachstumsfaktor einer sich wandelnden Volkswirtschaft. Die Film- und TV-Produktionswirtschaft ist durch eine hohe Anzahl kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen geprägt und sorgt damit für Binnen- und Außenpluralismus.

Die duale Rundfunkordnung in Deutschland ist ein bewährtes Mediensystem, das über Auftragsproduktionsverhältnisse in einer engen Verflechtung zum Produktionsmarkt besteht. Durch die starke Säule des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben ARD und ZDF auch eine besondere Leitfunktion auf dem Markt. Diesem Umstand wurde durch rundfunkstaatsvertragliche Regelungen und Protokollnotizen Rechnung getragen. Die privaten Rundfunkveranstalter (und hier vor allem RTL, P7S1 sowie ehemals Sky) sind ein gewichtiger Faktor des Marktes und erbringen erhebliche Vergabevolumina. Hinzukommen mit Blick auf den Produktionsmarkt das Wachstum der VoD-Plattformen der letzten Jahre, die eine hohe Nachfrage haben und deren Vergabevolumen bislang stetig gewachsen ist, nun aber scheinbar ein Plateau erreicht hat bzw. erste Rückgänge in Beauftragungen festzustellen sind.

Der deutsche Auftragsproduktionsmarkt ist von einer oligopolistischen Struktur geprägt. Es existieren hierzulande auf dem Markt aktuell nur eine Handvoll relevante Auftraggeber öffentlich-rechtlicher und privater Sender sowie private Streamer. Damit einher geht eine strukturelle Machtasymmetrie zu Lasten der Produktionsunternehmen, welche sich auf Preisniveau und Wettbewerb erheblich auswirkt.

Auf den Produktionsmarkt hat die deutsche Marktsituation langfristige und kurzfristige Auswirkungen:

Langfristig haben die starke Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit ihrer Praxis der 100%igen Auftragsproduktion sowie die „total buy out-Geschäftspolitik“ der privaten Sender einschl. der Streamer eine Eigenkapitalbildung der Produzentinnen und Produzenten weitestgehend verhindert. Sie haben insbesondere durch diese „total buy out-Geschäftspolitik“ - im Vergleich zum Vereinigten Königreich und Frankreich - die Entwicklung einer starken audiovisuellen Exportwirtschaft und eines Zweitverwertungsmarktes behindert.

Kurzfristig gehen mit den Einsparungen von ARD und ZDF im Bereich der Programmbeauftragung (Beitragsstabilität) sowie der Nichtverausgabung von rund 740 Mio. Euro an Programmmitteln in der aktuellen Beitragsperiode, der Zurückhaltung der privaten Sender aufgrund eines schwierigen Werbemarktes in der Beauftragung (RTL, P7S1) oder gar dem Ausstieg aus der fiktionalen Produktion (Sky) sowie dem Engagement der Streamer außerhalb von Deutschland (u.a. wegen der dortigen Verpflichtung zur Investition) eine erhebliche Senkung der Marktnachfrage und damit mittelfristig Marktkonsolidierungen auf dem Produktionsmarkt einher. Zu beobachten ist auch, dass sich bei den privaten Rundfunkveranstaltern und Streamingdiensten die Anzahl fiktionaler Beauftragungen deutlich verringert hat. Für die deutsche Produktionswirtschaft führt diese Lage zu einem „perfect storm“: Es drohen Pleitewellen und Entlassungen.

Der Entwicklung der Nachfrageschwächung zu begegnen und zugleich eine vielfältige, plurale und starke mittelständische Produktionswirtschaft zu erhalten, muss die Aufgabe eines funktionierenden regulierten Rundfunksystems sein. Die Produzentenallianz legt hierzu ein aktuelles Forderungspapier vor.

0. Bedeutung und Unverzichtbarkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Die Produzentenallianz tritt nachdrücklich für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland ein, der durch sein ausgewogenes Programmangebot und die Befassung mit gesellschaftspolitischen Fragen in allen Genres für Kultur, Bildung, Information und Unterhaltung eine wichtige Säule in unserer demokratischen Gesellschaft darstellt.

Die Produzentenallianz betont, dass für eine hohe Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neben einem hochwertigen Informationsangebot das Programm und seine Vielfalt den entscheidenden Faktor darstellt. Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für eine pluralistische Kreativwirtschaft in Deutschland ist immens groß - und damit auch für die Sicherung von Meinungsvielfalt. Über direkte Beauftragungen gehen ca. 1,5 Milliarden Euro jedes Jahr an abhängige und unabhängige Produktionsfirmen unterschiedlichster Größe. Der Anteil an kleinen und kleinsten Unternehmen ist dabei sehr hoch. Denn die unternehmerische Vielfalt gehört zur DNA der Kreativwirtschaft: Sie garantiert den Wettbewerb der Ideen und ermöglicht besondere Innovationen. Volkswirtschaftlich hat die Kreativwirtschaft eine im Vergleich hohe Bruttowertschöpfung von über 100 Milliarden Euro (Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2022). Die Film- und Rundfunkwirtschaft trägt dazu jeweils über 8 Milliarden Euro bei. Hinzu kommt ein im Branchenvergleich besonders hoher Umsatzmultiplikator der Filmwirtschaft. Mit einem Faktor von 2,4 ist dieser höher als beispielsweise der Effekt der Pharma- oder Chemiebranche. Insofern haben Programmaufwendungen, die vor allem ARD und ZDF an

aushäusige Produktionsfirmen geben, neben dem Aspekt der Vielfaltssicherung einen hohen volkswirtschaftlichen Effekt.

Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss daher auch mit Blick auf das Programmangebot und die Auswirkung für die deutsche Produktionswirtschaft diskutiert werden.

1. Notwendigkeit einer auskömmlichen Finanzierung / Bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

(TV-)Produktionen brauchen auskömmliche Finanzierungen, um die Qualität in allen Genres der Fernsehprogramme zu gewährleisten und auskömmliche Arbeitsbedingungen für Filmschaffende aller Gewerke zu ermöglichen. Urheber/innen und Schauspieler/innen haben dabei Anspruch auf angemessene Vergütungen. Ohne auskömmliche Finanzierung ist das Ökosystem von Urheber/innen, Schauspieler/innen, Produzent/innen und Sendern in Deutschland in Gefahr.

Die Zukunft der durch kleinste, kleine und mittlere Unternehmen geprägten Produktionswirtschaft in Deutschland hängt ganz wesentlich von dem Auftrag sowie der finanziellen Ausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ab. ARD und ZDF sind die größten Auftraggeber der Fernsehproduktionswirtschaft in Deutschland und sichern eine vielfältige Produktionslandschaft.

Damit trägt die Produktionswirtschaft maßgeblich zu der rundfunkgesetzlich geforderten Meinungsvielfalt bei. Über 800 Mio. Euro jährlich beauftragen ARD und Degeto, das ZDF ist der größte Einzelauftraggeber mit einem Volumen von über 700 Mio. Euro jährlich. Zum Vergleich: Das Auftragsvolumen aller Streaming-Plattformen in Deutschland betrug 2022 ca. 250 Millionen Euro.

Gleichzeitig haben sich in den vergangenen drei Jahren, auch als Resultat der COVID-Pandemie, aber vor allem aufgrund steigender Tarifabschlüsse, höherer Energiekosten und allgemeiner Teuerungen, die Produktionskosten stetig erhöht. Eine Erhebung der Produzentenallianz von 2022 stellte Kostensteigerungen von 15% über drei Jahre fest. Um diese Kostensteigerungen zu kompensieren, haben die Sender bereits Produktionen eingespart, mit erheblichen Auswirkungen auf den Produktionsstandort Deutschland - und damit letztlich auch auf die Programmvietfalt, die -qualität und das -angebot.

Die Produzentenallianz tritt daher dafür ein, dass das Verfahren des Beitragsaufkommens durch die KEF politisch nicht konterkariert oder gar beeinflusst wird und weiter objektiven Kriterien folgt. Dies gilt nicht zuletzt für den nötigen Programmaufwand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ebenso wie der rundfunkspezifischen Inflationsrate, welche auch die Produktionskostensteigerungen beinhaltet.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem letzten Urteil festgestellt:

„Der Gesetzgeber muss vorsorgen, dass die zur Erfüllung des klassischen Funktionsauftrags erforderlichen technischen, organisatorischen, personellen und finanziellen Vorbedingungen bestehen. Die Festsetzung des Rundfunkbeitrags muss frei von medienpolitischen Zwecksetzungen erfolgen. Der Gesetzgeber hat durch materielle, prozedurale und organisatorische Vorkehrungen sicherzustellen, dass die Beitragsfestsetzung die Rundfunkfreiheit nicht gefährdet und dazu beiträgt, dass die Rundfunkanstalten durch eine bedarfsgerechte Finanzierung ihren Funktionsauftrag erfüllen können.“

Die Produzentenallianz wird sich auch weiterhin für die gesellschaftliche und politische Beitragsakzeptanz einsetzen.

2. Priorität auf das Programm und kein Sonderopfer der freien Produktionswirtschaft

Die Produzentenallianz fordert eine nachhaltige und bedarfsgerechte Ausstattung der Programmbudgets aller Sender. Ein Rückzug der Sender aus einer vielfältigen und nachhaltigen Auftragsvergabe muss unter allen Umständen verhindert werden. Dies ist im Interesse der Zuschauer/innen ebenso wie der Filmschaffenden. Hochwertige Programmangebote genießen hohe Akzeptanz und hohe Nachfrage und sichern perspektivisch die Relevanz und Vielfalt linearer Programmangebote. Ein lineares Vollprogramm hat als unabhängige und reichweitenstarke Informationsquelle eine höhere Relevanz als digitale Angebote. Für die vielfältige Produktionswirtschaft in Deutschland ist es von existenzieller Bedeutung, dass Programmmittel des Rundfunks nicht gekürzt oder umgewidmet werden.

Mit Blick auf die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks würde eine Reduzierung von Programmmitteln vor allem auch die Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Programmangebots für die Zuschauer/innen mindern. Eine fehlende Beitragserhöhung darf deshalb auf keinen Fall auf die freie Produktionswirtschaft abgewälzt werden, weil bei Auftrags- und Koproduktionen schneller und leichter Mittel gekürzt werden könnten, als langfristige Einsparpotentiale in der eigenen Struktur zu heben. Die Konsequenz daraus wäre mehr Wiederholungen und eintönigeres Programm – jedenfalls solange die Sender zuvorderst an den Programmen und nicht weniger an ihren Strukturen sparen.

Die Darstellungen im KEF-Bericht zu den Programmaufwendungen sollten zukünftig klarer zwischen inhäusigen und aushäusigen Produktionen unterscheiden. Grundsätzlich sollte es eine stärkere Transparenz der internen Programmaufwände geben.

Die Produzentenallianz fordert daher einen neuen Transparenzbericht von ARD und ZDF, in dem Auftragsproduktionen klar zwischen abhängigen und unabhängigen Produktionsunternehmen¹, Lizenzkäufen deutscher Produktionen, Inhouse-Produktionen, nicht-deutschen Produktionen sowie Genres unterschieden wird.

3. Struktur-Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die Produzentenallianz fordert, die begonnenen Reformprozesse in und zwischen den Anstalten (Abbau von Mehrfach-Strukturen, Arbeitsteilung, bessere Zusammenarbeit, Verkauf von Immobilien) weiter voranzutreiben. Wir halten es für erforderlich, sehr viel tiefgreifendere Umstrukturierungen und kostensenkende Reformmaßnahmen zu entwickeln als bisher. Dazu gehört neben der Schwachstellenanalyse durch die Anstalten selbst auch eine externe Analyse der Effizienzreserven ggf. in Form eines Benchmarkings mit anderen öffentlich-rechtlichen TV-Sendern in Europa. Im Hinblick auf die Planungen und Lösungsansätze kommt dem neu gegründeten Zukunftsrat hierbei eine entscheidende Bedeutung zu.

Gutachter sollten überprüfen, ob der volkswirtschaftliche Effekt aushäusiger und durch Dritte (und Sendertöchter) hergestellter Produktionen nicht größer ist als inhäusig hergestellter Produktionen. Insbesondere sollten Gutachter prüfen, ob das Vorhalten von technischen und personellen Produktionsressourcen außerhalb der tagesaktuellen Berichterstattung wirklich sinnvoll und kosteneffektiv ist.

Aus Sicht der Produzentenallianz sollten bislang alle inhäusig hergestellten Produktionen (Dokumentationen, Fernsehspiele, ZDF-Fernsehgarten) an die freie Produktionswirtschaft vergeben werden. Hierin liegt ein erhebliches Wirtschaftlichkeitspotential. Daher ist auch eine medienstaatsvertragliche Verpflichtung zu diskutieren, die den Vorrang „Vergabe vor Eigenproduktion“ (außerhalb des engeren Bereichs der Nachrichten) absichert.

Die Produzentenallianz begrüßt eine stärkere Zusammenarbeit von ARD und ZDF zur Kosteneinsparung im Bereich der gemeinsamen Beschaffung von Technik und Infrastruktur. Es gilt zu prüfen, ob derartige Formen von Zusammenarbeit bei Technik und Infrastruktur einer besonderen rechtlichen Freistellung bedürfen.

Produzentenallianz und ARD/ZDF haben sich auf den Weg gemacht, Produktionsprozesse zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Redaktionen und Produzenten zu verbessern. Auch dies kann Wirtschaftlichkeitspotenziale erschließen.

¹ Als abhängige Produktionsunternehmen gelten die Sendertöchter.

4. Weiterentwicklung der Auftragsbedingungen - Zwingende Rechteteilung erforderlich

Das öffentlich-rechtliche System hat seine Dialogfähigkeit bei den Auftragsbedingungen der Fernseh-Produktionswirtschaft (ARD-Eckpunkte, ZDF-Rahmenbedingungen) unter Beweis gestellt. Gemeinsam mit der Produzentenallianz konnten die Bedingungen der Zusammenarbeit von Anstalten und Produktionsunternehmen fairer und effizienter ausgestaltet werden. Auch mit den privaten Rundfunkveranstaltern besteht ein verlässlicher Dialog, der sich insbesondere bei der Bewältigung der Pandemie bewährt hat. Allerdings ist zu konstatieren, dass die privaten Sender sich weiterhin weigern, in der Zusammenarbeit mit der Produktionswirtschaft verlässliche Selbstverpflichtungserklärungen zu Terms of Trades und dem damit zusammenhängenden Kalkulationsrealismus abzugeben.

Die marktlichen Auftragsbedingungen müssen einerseits fortentwickelt werden, um gemeinsam die Herausforderungen (Marktdynamiken, Rundfunkfinanzierung etc. und Marktsondersituationen wie bei der Pandemie) der Zukunft zu meistern und andererseits auch besser implementiert zu werden. Insbesondere dürfen finanzielle Beschränkungen oder Reduzierungen, etwa aufgrund der ausbleibenden Beitragserhöhung oder Budgetrestriktionen, nicht dazu genutzt werden, faire Auftragsbedingungen zu unterlaufen.

Die Produzentenallianz setzt sich weiter dafür ein, dass Sender und Produzent/innen auf Augenhöhe miteinander umgehen. Die Produzentenallianz fordert von ARD und ZDF, dass die aus der unentgeltlichen Nutzung von Film- und Fernsehproduktionen in den Mediatheken resultierenden wirtschaftlichen Nachteile der Produktionsunternehmen durch angepasste Verweildauern verringert und, soweit dies nicht möglich ist, finanziell angemessen ausgeglichen werden. Bei teilfinanzierten Produktionen müssen die Höhe des Senderfinanzierungsanteils und die Verweildauer sich gegenseitig bedingen.

Gespräche der Produzentenallianz mit ARD und ZDF müssen zwangsläufig zu Ergebnissen führen. Daher schlägt die Produzentenallianz eine neue unabhängige Schiedsstelle im Medienstaatsvertrag vor, die von den Sendern oder der Produzentenallianz angerufen werden kann, um Streitpunkte der Terms of Trade-Gespräche zwischen Produzent/innen und Sendern aufzuarbeiten und ggf. zu klären.

Aus Sicht der Produzentenallianz stellt es einen volkswirtschaftlichen Wert dar, die internationale Verwertung und die Zweitverwertung innerhalb Deutschlands von Programmen den Produzentinnen und Produzenten zu überlassen. Die Erfahrungen Großbritanniens und Frankreichs der letzten 20 Jahre bestärken diese Forderung. Dort konnte sich die Produktionswirtschaft durch die Entbündelung von Rechten und den Verbleib der Rechte bei den Produzentinnen und Produzenten fast verdoppeln, ohne dass die Einkünfte der Sender Schaden genommen haben. „Use it or loose it“ sollte in jedem Fall der Grundsatz sein, der nichtgenutzte Rechte an Produzenten kostenfrei zurückgibt, um

auch den beteiligten Urheberinnen und Urhebern neue Erlösmöglichkeiten zu verschaffen. Das gilt für den öffentlich-rechtlichen wie privaten Rundfunk gleichermaßen. „Keine Aufträge ohne Rechteteilung und Rechterückfall“ muss die Leitlinie für alle Auftragsproduktionen werden. In jedem Falle ist ein zwingender Rechterückfall nach fünf Jahren grundsätzlich ebenso geboten wie eine Zweitverwertungsmöglichkeit für den Produzenten.

Bei teilfinanzierten Produktionen, also Produktionen mit Kostenbeteiligung durch die Produzent/innen, müssen durch die Beschränkung alleinig auf eingeschränkte Sende- und Publikationsrechte der Sender bzw. Streamer eine unmittelbare Refinanzierung des Investments der Produzent/innen möglich sein.

Mit einer neuen Partnerschaft zwischen Produzent/innen und Sendern können auch Kosteneinsparungen entstehen und eine gemeinsame Innovationspartnerschaft über ein Auftraggeber/Auftragnehmer-Verhältnis hinaus entwickelt werden.

5. Keine weiteren Werbeverbote für die privaten Rundfunkveranstalter

Die Finanzierungsbasis des privaten Rundfunks darf nicht weiter politisch geschmälert werden. In diesem Zusammenhang lehnt die Produzentenallianz pauschalisierte Werbeverbote, wie sie anhand von ernährungspolitischen Überlegungen aktuell diskutiert werden, ab. Sie gefährden die Einnahmesituation der Privatsender, verschieben Werbebudgets noch mehr ins Digitale und reduzieren die Programmöglichkeiten erheblich.

Die zentrale Bedeutung dieser Frage für die Entwicklung des Rundfunks unterstreicht auch der Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2022: „Die deutsche Rundfunkwirtschaft war nach den Einschnitten durch die Pandemie durch zwischenzeitliche Erholungstendenzen im Werbemarkt und einen wachsenden Pay-TV- und Pay-Video-Markt gekennzeichnet. Ende 2022 steht die Branche vor starken Herausforderungen. So sind die Werbeumsätze im klassischen Rundfunkgeschäft rückläufig. Der Verband Privater Medien (VAUNET) erwartet für 2022 einen Rückgang der Werbeumsätze im Fernsehen um -6 Prozent und im Radio um 3 Prozent.“ Klar ist: Weitere pauschale Verbote würden diese Entwicklung verschärfen.

6. Einführung einer Investitionsverpflichtung

Die Revision der AVMD-Richtlinie ermöglicht EU-Mitgliedstaaten seit 2018 die Einführung einer Investitionsverpflichtung auch derjenigen Mediendienste-Anbieter, die ihren Sitz in

einem anderen EU-Mitgliedsstaat haben. Gemäß dieser Richtlinie können Staaten EU-weite Mediendienste-Anbieter zu einem finanziellen Beitrag bei der Produktion europäischer Werke verpflichten. Voraussetzung ist eine bestehende bzw. gleichartige Verpflichtung für nationale Anbieter. Die Beiträge können als finanzielle Abgabe an staatliche Stellen bzw. Förderinstitutionen und/oder als Investitionen in audiovisuelle Produktionen erfolgen und stärken somit im zunehmenden internationalen Wettbewerb die deutsche Kreativwirtschaft. Nach französischem Vorbild fordern wir neben einer Investitionsverpflichtung von 25 Prozent des inländischen Umsatzes aller VoD-Anbieter in die Herstellung und den Erwerb von Rechten europäischer audiovisueller Werke auch klare, gesetzlich geregelte Vorgaben zum Rechterückbehalt und eine mehrheitliche Vergabe von Aufträgen an unabhängige Produktionsunternehmen.

Zusammengefasst führt dies zu drei kumulierten Kernforderungen:

1. 25 Prozent des in Deutschland erzielten Umsatzes von in- und EU-ausländischen On-Demand Diensten sollte in die Beauftragung der Herstellung europäischer Werke investiert werden. Zur Förderung lokaler Vielfalt sollte hierbei ein Mindestanteil von überwiegend in deutscher Sprache gedrehten Produktionen aus allen das Angebot eines Dienstes prägenden Programmkategorien eingeführt werden;
2. Zur Vermeidung einer Medienkonzentration sollte ein Großteil der Investitionen in die Herstellung von europäischen Werken fließen, die von Produzenten hergestellt werden, die vom jeweils auftraggebenden On-Demand Anbieter unabhängig sind; und
3. Zur Wahrung des Innovationswettbewerbs muss zugleich gewährleistet sein, dass die Produzenten werthaltige Rechte an diesen Produktionen und den zugrundeliegenden Werken behalten und erfolgsabhängige Erlösansprüche generieren.

Durch die strukturelle Marktmacht der On-Demand Anbieter ist es für Produzenten derzeit sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich, einen gewissen Anteil der Nutzungsrechte zu behalten oder Erfolgsvergütungen mit den On-Demand Anbietern zu vereinbaren. Denn bislang herrscht das Prinzip des „Total Buy-Out“: D.h. der mit der Herstellung eines Werkes beauftragte Produzent muss dem On-Demand Anbieter vollumfassend alle Rechte weltweit einräumen, auch wenn der Produzent überwiegend den zugrundeliegenden Stoff selbst vorfinanziert und entwickelt hat, oft in jahrelanger Arbeit und auf eigenes wirtschaftliches Risiko. Die Einführung einer Investitionsverpflichtung mit gesetzlich geregelter Rechteteilung bzw. Erfolgsbeteiligung würde entscheidend dazu beitragen, das derzeitige deutliche Marktungleichgewicht auszugleichen und somit zur unerlässlichen Stärkung des Innovationswettbewerbs sowie der Förderung von Marktpluralität und Programmvielfalt sowie einer starken unabhängigen Produzentenlandschaft beitragen.

Verfassungsrechtlich müsste laut Gutachten der Bundesregierung die Investitionsverpflichtung auf alle VoD-Dienste angewendet werden. Mit Blick auf die

erheblichen Programminvestitionen und dem Umsatz der VOD-Dienste der privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter in Deutschland erscheint aber selbst eine 25%-Quote der Investitionsverpflichtung problemfrei und finanziell nicht mehrbelastend – jedenfalls sofern die Vergabe von Produktionen von den Sendern nicht weiter reduziert wird.

7. Kinder- und Familienfilm besser fördern

Die Produzentenallianz setzt sich für ein generationengerechtes Programm ein. Das heißt, dass gerade die öffentlich-rechtlichen Sender ein Angebot brauchen, das allen Teilen der Bevölkerung etwas bietet. Initiativen zur Erschließung neuer und jüngerer Zielgruppen sind daher zu begrüßen. Kritisch erscheint uns die Entwicklung im Bereich des Kinderfilms. Das Programmangebot für Kinderfilme sollte dem Bevölkerungsanteil der Zielgruppe entsprechen. Insbesondere im Bereich des Kinder- und Familienfilms sollte der öffentlich-rechtlichen Rundfunks mehr Verantwortung übernehmen.

In diesem Zusammenhang stellen wir auch eine Zunahme von Koproduktionen der Sender im Bereich Animation und Live-Action mit ausländischen Partnern ohne deutsche Beteiligung fest. Hier wäre es wünschenswert, wenn die Sender die Zusammenarbeit mit deutschen Produzenten im Bereich dieser Produktionen ausbauen. Dies gilt auch und gerade für die privaten Sender.

8. Engagement im Dokumentationsbereich ausbauen

Leider müssen die Produzenten feststellen, dass das Engagement der Sender im Bereich der Dokumentation einen Dumpingwettbewerb nach unten darstellt. Aufträge für Dokumentationen sind nicht mehr kostendeckend, weshalb eine Schmälerung der journalistischen Qualität droht. Die Budgets sind oft so niedrig, dass ein wirtschaftlich verantwortliches Produzieren verunmöglicht wird. Dies betrifft weniger die XXL-Projekte, sondern vor allem die regelmäßigen Dokumentationen. Es besticht der Eindruck, dass Dokumentationen und Dokumentarfilme im Vergleich zu fiktionalen Programmen und Unterhaltung nur als günstige Programmfüller angesehen werden. Dabei sind sie elementar wichtig für das neue öffentlich-rechtliche Profil, welches im Medienstaatsvertrag kürzlich normiert wurde. Sie sind daher besser auszustatten und als wichtiges Genre gesondert zu fördern.

9. Mediatheken-Produktionen sind keine Dumpingproduktionen

Aus Sicht von Expertinnen und Experten wird der sogenannte „Kipppunkt“ zwischen linearem und nicht-linearem TV-Konsum 2030 erreicht werden. Die Produzentenallianz unterstützt die Initiativen der Sender, Budgets neu zu verteilen und der digitalen Ausspielung von Programmen den Vorrang einzuräumen.

Für die Produzent/innen geht dies mit der klaren Erwartungshaltung einher, dass Produktionen, die primär für die Mediathek beauftragt werden, keine Dumpingbestrebungen auslösen. Produktionen für digitale Ausspielwege sind erst recht auf hohe Qualität und technische Ausstattung angewiesen, um ihr Publikum zu finden.

10. Keine (weitere) Schmälerung des Programmauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Zum „Public Value“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zählt Unterhaltung gleichberechtigt neben den Bereichen Kultur, Bildung und Information. Unterhaltung ist ebenfalls meinungsbildend, erreicht alle Segmente der Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt und Altersstruktur; sie bleibt schon deshalb ein wichtiger Teil des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Unterhaltende und reichweitenstarke Formate wie die „Donnerstags-Krimis“ der ARD führen z. B. viele Zuschauende in die im Anschluss programmierten politischen Magazine weiter und erhöhen dort die Zuschauerzahlen.